

Beschluss des Landrats vom 11.01.2024

Nr. 347

10. Fragestunde der Landratssitzung vom 11. Januar 2024 2023/655; Protokoll: pw

1. Andi Trüssel: Gasversorgung in Baselland, wie weiter?

Andi Trüssel (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wurde mit den IWB als Gaslieferant von Basel-Landschaft Kontakt aufgenommen bezüglich der monetären Auswirkungen, die auf die Baselbieter Gasbezüger zukommen können?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, es gebe Bezüger – die Kunden –, einen Versorger – den Lieferanten – und die Gemeinden, welche die Konzession erteilt hätten. Der Kanton als solcher oder auch der Regierungsrat ist nicht Teil der Preisgestaltung. Der Preisüberwacher schaut, dass die Preise korrekt und verhältnismässig sind. Der Regierungsrat ist aber mit denjenigen Gemeinden, die heute noch ein Gasnetz haben, in einem intensiven Dialog – dies ist eine Massnahme aus dem Energieversorgungsbericht, der dem Landrat 2022 vorgelegt wurde. Es findet ein Austausch darüber statt, wie es weitergehen soll. Es ist wichtig, dass gehandelt wird, und es müssen vor allem jene handeln, die Verantwortungsträger sind. Im Energiegesetz, das voraussichtlich im Juni 2024 zur Abstimmung kommen wird, ist just diese Aufgabe enthalten: eine verbindliche Pflicht für diejenigen Gemeinden, die heute noch ein Gasnetz haben, eine Energie- und Versorgungsplanung zu machen.

2. Andi Trüssel: Einbrüche und Diebstähle um die Bundesasylzentren

Andi Trüssel (SVP) sagt, es seien in flagranti Personen bei Diebstählen erwischt worden, sei dies nun an Fahrzeugen oder Einfamilienhäusern. Der Regierungsrat sagt klipp und klar, dass es sich um Asylbewerber handelt. Zusatzfrage: *Erfolgt die Bestrafung und Ausführung konsequent?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) antwortet, die Entscheidung, ob ein Asylgesuch gewährt werde oder nicht, liege beim Staatssekretariat für Migration (SEM). Es wird versucht, die Situation in Basel-Landschaft so gut wie möglich im Griff zu haben. Es ist bekannt, dass es eine Zunahme bei den Einbrüchen gab und bei den «Fällerer» an den Autos. Sie ist froh, dass die Polizei so gut arbeitet, dass immer wieder Personen angehalten und Verfahren eingeleitet werden können. Am Ende entscheidet das SEM, aber für einen positiven Asylentscheid ist es sicherlich nicht hilfreich, wenn Vergehen begangen wurden.

Peter Riebli (SVP) hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass in Bern nachgefragt und explizit auf die negativen Auswirkungen der ansteigenden Asylzahlen hingewiesen wurde. Weiter nimmt er mit Befriedigung zur Kenntnis, dass auch der Regierungsrat realisiert hat, dass die steigenden Asylzahlen negative Auswirkungen haben. Als Massnahme wird erwähnt, dass der Situation in Zukunft konsequent und landesweit mit einer einheitlichen Ausschöpfung der Zwangsmassnahmen des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration gegenüber straffälligen Asylbewerbenden wirkungsvoll begegnet werden soll. Zusatzfrage: *Was versteht die Sicherheitsdirektion unter der konsequenten Ausschöpfung von Zwangsmassnahmen? Geht dies bis hin zu Zwangsausschaffungen?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) führt aus, am Ende der Kette gehöre je nach Situation und Asylstatus auch eine Ausschaffung dazu. Es geht aber auch um andere Möglichkeiten. So wird zum Beispiel festgestellt, dass es vor allem bei minderschweren Delikten nicht einfach

ist, jemanden in Haft zu nehmen. Die Personen werden relativ schnell wieder freigelassen, was relativ unbefriedigend ist, wenn Fluchtgefahr besteht. Die Gerichte nehmen diese Beurteilung vor, was Teil des Rechtsstaats ist. Es ist trotzdem relativ unbefriedigend.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
